

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 60

— Erscheint wöchentlich 6 mal! —
Bezugspreis freibleibend

Halver
Dienstag, den 11. März 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
10 Goldpf. — Restante 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichstagskanzler Dr. Marx verhandelte abermals mit dem Reichspräsidenten über die Reichstagsauflösung und die Neuwahlen. Bestimmtes steht noch nicht fest, die Neuwahlen werden Anfangs Mai sein.

* Der Thüringer Landtag nahm das Gesetz an, nach dem künftig die Regierung aus nur drei Ministern bestehen soll.

* Das französische Kriegsgericht in Essen verurteilte den Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Dr. Reismann-Grone, wegen zweier die Rum-Verträge kritisierender Artikel und wegen Waffenbesitzes zu 1 Monat Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe.

* In New Yorker Bankkreisen glaubt man, daß auf dem internationalen Geldmarkt eine Anleihe für Deutschland in der Höhe von 250 Millionen Dollar noch vor dem September notiert werden wird.

* Der abgesetzte und aus der Türkei ausgewiesene Kalfi Abdul Medschid ist in Terziet in der Schweiz eingetroffen und beabsichtigt, sich in der Gegend dauernd niederzulassen.

* Die innere Lage in Griechenland ist wieder unübersichtlich geworden. Das Kabinett ist zurückgetreten.

Ewige Kontrolle.

Es wird berichtet, daß beabsichtigt sei, die Militärkontrolle durch eine auf Kosten der alliierten Mächte erhaltene Garantiekommision zu ersetzen. Dazu habe ich zu erklären, daß wir einer Kommission nicht zustimmen können, die über die Grenzen des Versailler Vertrages hinausgeht. Eine Abrüstung ist doch kein Vorgang, der bis in die Ewigkeit verlängert werden kann. Diese Erklärung Stresemanns in der Reichstagsitzung wurde von ihm — das fiel besonders auf — vom Manuskript abgesehen, ist also die offizielle Stellungnahme der deutschen Reichsregierung. Und das — hoffentlich — gesamten deutschen Volkes gegenüber der neuen Militärkontrollnote, die uns jetzt von der Völkervereinigung überreicht worden ist.

Diese Note betrachtet es zunächst als selbstverständlich, daß die Alliierten allein zu entscheiden hätten, in welchem Augenblick die militärischen Klauseln des Friedensvertrages ausgeführt sein werden. Und aus diesem Anspruch leiten sie alle weiteren Rechte ab. Demgemäß betont die Note, daß die Kommissionsarbeiten keineswegs abgeschlossen seien; das hatte auch die Note vom 29. September 1922 „konstatiert“. Wenn dort fünf Punkte als Kontrollmaßnahmen genannt wurden, so seien diese nicht etwa, wie die deutsche Regierung meine, die einzigen, sondern nur die wichtigsten; für die Erledigung der andern käme dann die neue Garantiekommision — an Stelle der bisherigen großen Kontrollkommission — in Frage. Auf dieser Grundlage habe man der deutschen Regierung einen Generalvergleich vorgeschlagen, der aber deutscherseits nicht angenommen worden sei. Die Fortsetzung der Kontrolltätigkeit sei um so wichtiger, als die Kommission ja 1923 „gezwungenermaßen untätig“ hätte sein müssen. Wie es militärisch jetzt in Deutschland aussieht, darüber könnten sich die Alliierten daher gar kein Bild machen. Die Erklärung der deutschen Regierung, sie habe die im Versailler Vertrag statuierte Entwaffnung strikt durchgeführt, sei ja ganz nett, aber sie müßte natürlich nachgeprüft werden auf ihre Richtigkeit. Und wenn die Regierung weiter erkläre, nicht bei dieser Kontrolle mitarbeiten zu können, weil sie sich zu schwach dazu fühle, so sei an eine vollständige Zurückziehung der Kommission oder ihre Einschränkung gar nicht zu denken. Und man bestände auf diese Zusammenarbeit. Denn man habe eben „keinen Beweis“ für die Ausführung des Versailler Vertrages.

Auf Grund dieser „Mißverständnisse“ der deutschen Regierung verlangt die Entente nun die Erledigung der früher aufgestellten Punkte durch die bisherige Kommission und dann Einsetzung eines Garantiekomitees, aber erst wenn jene sich überzeugt hat, ob die fünf Punkte wirklich erledigt sind. (Wann?) Dafür müsse aber die deutsche Regierung „nachweisen“, daß alle Entwaffnungsmaßnahmen — außer den fünf Punkten — durchgeführt sind, und die unbehinderte Durchführung der Nachkontrolle durch die Kommission sichern. Denn diese müsse sich über den gegenwärtigen militärischen Zustand Deutschlands überzeugen. Sei das alles erfüllt, dann würde die „baldige“ Zurückziehung der Kommission und ihre Ersetzung erst durch das Garantiekomitee und dann — gemäß Art. 213 des Versailler Vertrages — durch den Völkerbundrat erfolgen. Andernfalls bleibe alles beim alten.

Unerbört sind diese Zumutungen, unerbört der glatte Bruch dieses Vertrages. Die interalliierten Überwachungsanschlüsse haben lt. Art. 203 und 204 die besondere Aufgabe, die regelrechten Ausführungen der Auslieferungen, der Zerstörung, des Abbruchs und der Unbrauchbarmachung zu überwachen. Das haben sie drei Jahre lang mit riesigem Personal und unter noch riesiger Gehaltszahlung betrieben, haben in ihrer Tätigkeit die Nase in jedes Kasernenbett gesteckt und es angeblich doch noch nicht fertig bekommen, die Bestimmungen des Vertrages durchzuführen. Offenbar haben sich die Mitglieder allzu eifrig Privatgeschäften eintätiglicher Art hingegeben. Wann diese Kontrolle nun ein Ende haben soll, darüber entscheidet — nach dieser Note — nicht eine objektive Tatsache, nicht eine objektive Stelle, sondern — die Kontrollkommission selbst. Und selbst wenn diese sich und ihre Pöstchen einst nicht mehr halten könnte — obwohl man ja immer noch hier und da ein altes Gewehr finden kann, wenn man nur gut bezahlt! —, so wird gegen den Art. 213 des Vertrages die Kontrolle einfach durch das Garantiekomitee praktisch verweigert. Außerdem der „Kontrolltätigkeit“ des Garantiekomitees überhaupt keine Schranken gesetzt, das ganze also doch ein Vorgang, der bis in die Ewigkeit verlängert werden soll. Der Versailler Vertrag befaßt aber in seinen Artikeln ganz genau,

wann die militärischen Klauseln des Vertrages ausgeführt sind, und daß dann an die Stelle der Kontrollkommission nur eine „Untersuchung“ treten darf, „die der Rat des Völkerbundes für notwendig erachtet“. Aber kein ewiges Garantiekomitee.

Eine Wetterfahne ist gegenüber der „Festigkeit“, mit der sich MacDonald zu seinen früheren Ansichten bekennt, noch ein unbeweglicher Gegenstand! Was sagt MacDonald eigentlich dazu, daß der Völkerbund einfach um eines seiner Rechte kommt! Nach Art. 17 der Völkerbundsakte könnte der Bund die ganze Streitfrage vor sein Forum ziehen!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Preussisches Schutzpolizeibeamtengesetz.

Dem preussischen Staatsrat sind die Ausführungsbestimmungen zum Schutzpolizeibeamtengesetz zugegangen. Nach dem Entwurf steht jedem nach seiner ganzen Persönlichkeit geeigneten Polizeiwachmeister die Möglichkeit der lebenslänglichen Anstellung in der Schutzpolizei offen, ohne daß darauf ein Anspruch besteht. Ein Ausscheiden nach zwölfjähriger Dienstzeit findet nicht statt, wenn dienstliche Gründe ein längeres Verbleiben eines nicht lebenslänglich angestellten Polizeiwachmeisters in der Schutzpolizei erwünscht erscheinen lassen. Ein Verbleiben im Dienste über eine achtzehnjährige Dienstzeit hinaus erfolgt grundsätzlich nur bei Beamten des Sonderdienstes.

Neue Strafkammern bei Amtsgerichten.

Bei den Amtsgerichten, deren bisherige Strafkammern fortfallen, werden vom 1. April ab neue Strafkammern gebildet. Den neuen Strafkammern wird die Tätigkeit der kleinen Strafkammer des Landgerichts als erkennen des Gericht zugewiesen. In einer allgemeinen Verfügung führt der preussische Justizminister aus, es sei zu erwarten, daß der Reichsminister der Justiz für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die vor dem 1. April erlassenen Urteile der Schöffengerichte und des Amtsrichters die kleine Strafkammer als zuständig erklären werde.

Öffentliche und private Fürsorge.

Der deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hielt in Frankfurt a. M. seine 38. Jahresversammlung ab. Mehrere hundert Vertreter von Fürsorgeorganisationen aus ganz Deutschland, einschließlich der besetzten und abgetrennten Gebiete, waren erschienen. Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die neue Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht. In der Ansprache erklärte Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Reichsarbeitsministerium, daß die Verordnung nach den Bedürfnissen des Lebens, nicht nach dem Altenstaube gelöst werden sollte.

Frankreich.

X Poincaré rückt mit Pistolen an. In der Kammer hielt der französische Ministerpräsident eine Rede über die innere Lage. Dabei entwickelte sich eine Auseinandersetzung über Beziehungen zu dem Prinzen Napoleon, in deren Verlauf der nationalistische Abg. Prevost de Launay dem Ministerpräsidenten den Vorwurf der Beteiligung an Betrügereien machte. Nach der Sitzung schickte dann Poincaré dem Abgeordneten eine Forderung auf Pistolen. Zum Glück für Frankreich wurde aber der Zwischenfall durch „Unterredungen“ beigelegt und wird keine weiteren Folgen haben.

Stresemann-Rede in Braunschweig.

Außen- und Innenpolitik.

Auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei des Landes Braunschweig sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die politische Lage.

Er behandelte zunächst die Haltung der Volkspartei und führte u. a. weiter aus: Die letzten vier Jahre sind Jahre der Entscheidung gewesen und haben für unsere Außenpolitik nur fruchtlose Arbeit bedeutet. Wir haben in dieser Zeit einen Kampf geführt, der von weit größerer außenpolitischer Bedeutung war, als mancher sich vorstellt. Es war der Ruhrkampf, und diesen Ruhrkampf haben wir verloren. Wir mußten deshalb bis zum Weißbluten die Inflation aushalten, und bis heute leiden wir darunter, daß uns die Einnahmen aus den reichsten Teilen des Reiches genommen und die besten Strecken unserer Eisenbahnen auf französische Rechnung geführt werden. Die Zeit nach dem Kriege war eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Jeder verantwortliche Staatsmann muß die Konsequenzen des verlorenen Krieges daraus ziehen. Welche Mittel stehen der deutschen Regierung zur Verfügung? Die Gewalt steht uns nicht zur Verfügung. Jeder Deutsche wird Scham darüber empfinden, daß wir ein waffenloses Volk geworden sind, aber wir dürfen keine Politik vortäuschen, die sich auf Kraftmittel stützt, die nicht vorhanden sind. Wir müssen uns wenden gegen das, was über den Vertrag von Versailles hinausgeht. Alles, was unsere Brüder in der Pfalz erleiden, und die Ruhrbesetzung geht über den Vertrag hinaus. Aber ich kann die Ruhrbesetzung nur als verfassungswidrig bekämpfen, wenn ich den Vertrag selbst anerkenne, und ich muß mich auf den Standpunkt stellen, den Vertrag soweit zu erfüllen, wie es die deutsche Leistungsfähigkeit zuläßt, um alles abzuwehren zu können, was darüber hinausgeht. Man hat von einer Vergeltung unserer außenpolitischen Bemühungen gesprochen. Aber die heutige Einstellung gegen den Vertrag ist doch anders als 1919. Diese neue Einstellung ist die Anerkennung der Bemühungen Deutsch-

lands, trotz seiner furchtbaren Lage zu einer Ordnung seiner Finanzen zu kommen. Das Nationale ist nicht das Vorrecht einzelner Kreise und Vereinigungen.

Über die Innenpolitik sagte der Minister, in solchen Zeiten, wie die heutigen, komme es nicht auf Parteibogmen an, sondern darauf, den Mut zu haben, die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Ist es national, wenn man das Ansehen aller deutschen Regierungen in den Schmutz zieht, indem man sagt, daß alle Regierungen nach 1918 Verbrecher gewesen seien?

Dr. Stresemann schloß mit den Worten: Für uns stehen im Vordergrund die Gedanken der Volksgemeinschaft, der Verantwortlichkeit und des Nationalen. Wir können nur die Grundlage für ein Deutschland der Zukunft schaffen, und das läßt sich nur durch treue, werktätige Arbeit schaffen, vereint mit allen Volksgenossen, die es ehrlich meinen mit ihrem Vaterlande. Ich kenne nur ein Volk, nur eine Ehre, nicht eine Pistolenherrschaft für die einen und eine geringere Ehre für die anderen. Unser Volk kann nur den Weg in die Höhe gehen, wenn es den Weg gemeinschaftlich gehen will.

Ein Pfund 117 Frank.

Paris, 9. März.

Die Erregung der Bevölkerung über die in den letzten Tagen sich schneller und schneller entwickelnde Abwärtsbewegung der französischen Währung ist in bedenklichem Wachsen.

An der gestrigen Börse bildete sich ein bisher nie erwarteter Tiefstand heraus. Das englische Pfund mußte mit 117,12 Frank bezahlt werden, der Dollar mit 27,50 per Kasse, mit 29,50 per April und 31 per Mai.

Die scharfe Abwärtsbewegung ist zum Teil bedingt durch die wachsende Inflation, die im letzten Wochenabschnitt der Bank von Frankreich zu sehen war. Danach betrug die Zunahme der Notenzirkulation in der letzten Woche etwa 921 Millionen Frank und in der Vorwoche etwa 450 Millionen Frank.

Friedensparität für den Dollar war 5, für das Pfund 25 Frank.

Erschüttertes Vertrauen in der ganzen Welt.

Nicht nur in Frankreich hielt die Flucht aus dem Frank an, in der ganzen Welt ist das Vertrauen auf die französische Valuta stark gesunken. Von allen größeren Währungen kommen Nachrichten über stürmisches Angebot in Frank. In jedem Augenblick. In London verfolgt man die Vorgänge mit lebhaftester Aufmerksamkeit. Die Zeitungen schreiben, der Ernst der Lage sei nicht zu verkennen.

Vergebliche Hemmungsmaßnahmen.

Die französische Regierung hatte für den Wochenabschluß den amtlichen Devisenverkehr in Paris ausfallen lassen, genau wie es seinerzeit in Deutschland der Fall war. Das hatte aber kaum Einfluß auf die Gestaltung der Dinge, denn der bisher nicht verbotene Freiverkehr sorgte dafür, daß wahre Gesicht der Dinge zu zeigen, da ein kurzregulierender Einfluß hier nicht vorlag. Wenn auch an einen Sturz nach dem Vorbild der deutschen Papiermark nicht zu denken ist, läßt sich die heftigste Besorgnis nicht mehr verbergen. Der belgische Frank geht übereinstimmend mit dem französischen in die Tiefe.

Sonderausschuß in der Pfalz.

Abwurf der Separatisten verlangt.

Die Rheinlandkommission hat einstimmig beschloffen, daß der interalliierte Sonderausschuß, dem am 14. Februar die Mission in der Pfalz übertragen worden war, sich von Neuem in diese Provinz begeben soll, um die Durchführung der von ihm vorgeschriebenen Maßnahmen zu prüfen in bezug auf die Wiederherstellung der Ordnung, das Aufhören der Repressalien, die Beruhigung der Gemüter und die Wiedereingliederung der öffentlichen Verwaltung.

Zweifellos ist die Entsendung auf die in den letzten Tagen in Paris unternommenen Schritte der englischen Regierung zurückzuführen. Dabei wurde besonders die Frage gestellt, wann die französischen Militärbehörden die letzten Separatistentrupps, die immer noch in der Pfalz vorhanden seien, abtransportieren würden.

Der englische Generalkonsul in München, Elise, wurde beauftragt, in händer Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung zu sein, um alle notwendigen Maßnahmen fortlaufend zu besprechen, die geeignet sein könnten, die Wiederherstellung der normalen Verhältnisse zu beschleunigen.

Dr. Schachts Darlegungen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags behandelte die Frage der Goldkreditbank. Der angekündigte Gesetzentwurf lag dem Ausschuss noch nicht vor. Deshalb übernahm es Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Inhalt und Begründung darzulegen. Er führte, nachdem er einen historischen Überblick über die Entwicklung der Angelegenheit gegeben hatte, im wesentlichen aus:

Die Festsetzungen mit den Sachverständigen laufen darauf hinaus, daß der Umfang der Bank ziffermäßig begrenzt wird, und zwar dahin, daß das Kapital auf 200 Millionen Goldmark begrenzt werden soll und das Recht zur Notenausgabe auf 100 Millionen Mark. Die Reichsbank wird von dem Kapital von 200 Millionen Mark den Betrag von 100 Millionen selbst übernehmen und wird damit — sie wird von den übrigen 100 Millionen sich noch eine Aktie dazu erwerben — die Majorität des Kapitals dauernd behalten, solange diese Goldkreditbank besteht. Es wird statutarisch vorgeesehen werden, daß diese

Majorität genügt, um alle erforderlichen Kontrollen über die Bank auszuüben. Ferner wird ihr das Recht gegeben, die Bank wieder zu liquidieren.

Eine Bedingung ist, daß jeder politische Einfluß von dieser Bank ausgeschlossen bleibt, daß die Verwaltung und Erwerbung von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen usw. selbstverständlich ausgeschlossen wird. Der Sitz der Bank wird in Berlin sein. Die Leitung der Bank wird in den Händen der Reichsbank liegen. Im Aufsichtsrat wie überhaupt in der ganzen Verwaltung der Bank werden lediglich Deutsche sitzen. Es handelt sich also um ein rein deutsches Institut, das unter völliger Leitung der Reichsbank steht und das lediglich nach den Gesichtspunkten arbeitet, nach denen die Reichsbank bisher gearbeitet hat.

In die Reichsbank selbst würde zweifellos neues Gold von außen her nicht zu bekommen sein, während in diesem Falle die Möglichkeit besteht, dadurch, daß eine besondere juristische Gesellschaft unter Kontrolle der Reichsbank errichtet ist und die Aktien und Passiven dieses Instituts, getrennt von der Reichsbank, erhalten werden können, auch fremdes Kapital für dieses Unternehmen herangezogen werden kann. Das geschieht in folgender Weise:

Ein internationales Privatkonsortium hat sich bereit erklärt, der Reichsbank einen Kredit von 5 Millionen Pfund Sterling zu geben. Die Reichsbank wird dieses Geld verwenden, um die Hälfte des Aktienkapitals der neuen Bank zu zeichnen. Ferner liegen Zusicherungen vor, die einen Gegenkredit für die von der Golddiskontbank abzugebenden Wechsel im Auslande vorsehen, der zunächst beziffert ist auf 200 Millionen Goldmark. Diese Transaktion wird sich in der Weise abspielen, daß regelmäßig aus dem laufenden Geschäft heraus je nach Bedarf die Golddiskontbank Wechsel an ausländische Märkte geben wird gegen Dollar, Pfund Sterling, Gulden oder andere Valuten. Ferner sind die Verhandlungen mit einem deutschen Bankkonsortium so weit gediehen, daß grundsätzlich Einstimmigkeit darüber besteht, daß weitere 5 Millionen Pfund Sterling — und das ist die zweite Hälfte des Aktienkapitals der Golddiskontbank, die also nicht von der Reichsbank gezeichnet werden — von einem deutschen Konsortium übernommen bzw. fest garantiert werden, so daß, wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen der Golddiskontbank vorliegen, wir rechnen dürfen mit der

Errichtung der Bank in wenigen Tagen.

Auf Goldmark war die Bank, sofern man an Notenausgabe dachte, sicherlich nicht zu stellen. Das Reichsbankdirektorium hat sich, wie schon bei einer früheren Anregung, auch in diesem Falle auf den Standpunkt gestellt, daß es für die deutsche Wirtschaft, die im wesentlichen in ihrem ganzen Geschäft von dem Londoner Finanzmarkt abhängig sei, richtig sei, die Pfundwährung für diese Aktien und Noten der Golddiskontbank zu nehmen.

Es soll sich aber nicht um eine in Deutschland neu einzuführende andere Währung handeln. Die Abstellung auf Pfund Sterling soll gerade zeigen, daß es sich nicht um eine Währungsbank handelt, sondern um eine Kreditbank, die mit der deutschen Währung als solcher nichts zu tun hat, sondern in einer ausländischen Währung Kredite zur Verfügung stellt. Es ist infolgedessen vorgesehen, daß das ganze Kapital in Pfund Sterling eingezahlt wird.

Die übrigen Valuten werden auf Pfund Sterling konvertiert und die Noten werden auf Pfund Sterling lauten, werden also genau so eine Devisen sein, wie die vorhandenen Pfundnoten. Letzten Endes ist mit ausschlaggebend der Umstand gewesen, daß diese Abstellung auf Pfund Sterling eine wesentliche Voraussetzung gewesen ist, daß die Vorschläge ein gewisses Entgegenkommen am Londoner Markt gefunden haben.

Steuern im besetzten Gebiet.

Eingriffe in die Substanz.

Der Vorstand des Wirtschaftsausschusses des besetzten Gebietes hatte im Reichsfinanzministerium zu Berlin eine Aussprache mit der Reichsregierung, zu der neben dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichswirtschaftsminister Vertreter der verschiedenen Reichsressorts und zahlreiche Mitglieder des Vorstandes erschienen waren.

Es wurde hervorgehoben, daß von keiner Seite der Wunsch nach einer grundsätzlich verschiedenen steuerlichen Behandlung des besetzten im Verhältnis zum unbefetzten Gebiet besteht. Dabei ist man sich auch in den Wirtschaftskreisen des besetzten Gebietes vollständig klar, daß in der gegenwärtigen Notlage die Gesamtheit der Lasten aus dem Ertrage der

Wirtschaft allein nicht würden aufzubringen sein, daß man vielmehr selbst um einen schweren Eingriff in die Substanz nicht herumkommen würde. Andererseits bestand volles Einverständnis darüber, daß den wirtschaftlich bedrängten Verhältnissen in den besetzten Gebieten Rechnung getragen werden müsse, soweit es mit den finanziellen Bedürfnissen des Reiches, der Länder und Gemeinden und insbesondere mit der Notwendigkeit der Erhaltung der Währung vereinbar sei.

Zukünftige Mietenregelung.

67% Friedensmiete in Preußen.

Der preussische Minister für Volkswirtschaft hatte einen größeren Kreis von Sachverständigen eingeladen, um die Maßnahmen zu erörtern, die zur Förderung des Wohnungsbaues für das Jahr 1924 erforderlich erscheinen.

Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen des vortragenden Staatssekretärs Scheidt über die vom 1. April ab in Aussicht genommene Mietenregelung. Er teilte mit, daß vom 1. April ab die Miete sich aus folgenden Positionen zusammensetzen sollte: 5% für Verwaltungskosten, 12% für laufende Instandsetzungsarbeiten, 3% für große Instandsetzungsarbeiten und 15% für Betriebskosten, gleich 35%, wozu noch an weiteren Zuschlägen 7% kämen, so daß die Miete vom 1. April auf 42% der Friedensmiete bemessen würde. Zu diesen 42% würden treten an Mietensteuern auf Grund der dritten Notverordnung voraussichtlich 25%, so daß vom nächsten Monat ab voraussichtlich insgesamt 67% Miete zu zahlen seien.

Zum Wohnungsbau ist zu bemerken, daß in Preußen die Mietensteuer, von der bisher nur bekannt war, daß 10% des Ertrages für Neubauten zur Verfügung gestellt werden sollen, 25% der Mieten betragen soll. Diese Mietensteuer würde für Preußen 50 Millionen Goldmark für Baugewerke ergeben, mit denen im laufenden Jahre aber nur 18 000 Wohnungen in ganz Preußen errichtet werden können.

Prozeß Hitler u. Gen.

(Zweiter Tag.)

s. München, 8. März.

Die Zeugenvernehmung wurde fortgesetzt, und es erschienen auf dem Zeugenstand mehrere Militärs, die sich über die Vorgänge im Bürgerbräunler und über die Eindrücke, die sie dort gewonnen hatten, äußerten. Generalmajor Ritter von Semmer, Hauptmann A. D. Schel und Generalleutnant von Kleinheng hatten den Eindruck, daß fast allen Beteiligten der Entschluß, an der aufrührerischen Bewegung teilzunehmen, sehr schwer geworden sei. Generalmajor Freiherr von Kress protestierte scharf gegen die im Laufe der Verhandlungen aufgetauchten schweren Verdächtigungen der Reichswehr. Die Reichswehr habe am 9. November blutenden Herzens ihre Pflicht getan, und ihr Gewissen sei durch keine Schuld belastet. Oberleutnant Braun erklärte unter Eid, es sei univahr, daß er den Leutnant Cassella erschossen habe. Major A. D. Siry äußerte sich über seine Mission bei Loffow. Keiner der Augenzeugen habe den Eindruck gehabt, daß im Bürgerbräunler Komödie gespielt worden sei. Oberleutnant Braun habe scharfe Äußerungen getan und u. a. gesagt, daß er die Hunde, die den Versuch machen würden, die Kaserne zu stürmen, mit lachendem Gesicht zusammenschleichen lassen werde. Oberleutnant Braun bestreitet, eine solche Äußerung getan zu haben. Bei einer nochmaligen Vernehmung des bereits vernommenen Obersten Schell wird dann

die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen,

um aber schon nach kurzer Zeit wieder hergestellt zu werden. Zunächst gab jetzt General Ludendorff gegenüber den Ausführungen des Generals von Kress die Erklärung ab, daß die Angeklagten Mitglieder des alten Heeres seien und im Kriege gekämpft hätten. Sie hätten in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres. Sie kämpften nicht gegen die Reichswehr und gegen das Offizierskorps. Nachdem dann auf Antrag eines der Verteidiger ein ausländischer Zeichner, der für ein ungarisches Blatt Karikaturen der Angeklagten gezeichnet hatte, von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen worden war, wurde Generalmajor von Tieschow vernommen. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß Angehörige der Infanterieschule, die Aussagen über den Leutnant Wagner zu machen hätten, von ihren Vorgesetzten in un-

gen beunruhigt.

„Nichts Schreckliches. Aber es greift mich eben an. Mein Mann kommt. Da lies selbst.“

Sie reichte Hella sofort das Blatt hin und diese las:

„Reiß der Straßfuß gnadenweise erlassen. Komme morgen früh nach Hause. Feliz.“

„Nun, das ist doch ein Glück, ein unverhofftes Glück! Freust du dich nicht, Tante?“

Frau Agnes Mirbach sah still vor sich nieder.

„Ich weiß kaum, ob ich das soll“, sagte sie zögernd. „Ich möchte so gern, denn ich hänge an meinem Gatten trotz allem und allem. Und er liebt mich auch, das weiß ich, und Hedwig war immer sein Abgott. Aber ob er auch die Lehre aus seinem Unglück gezogen haben wird, ob ihn nicht der Leidssinn wieder fortreißt, das macht mir großen Kummer. Und was soll ich ihm sagen, wenn er nach Hedwig fragt. Soll ich ihm die erste Stunde seiner Freiheit gleich durch diese Schreckensbotschaft verbittern?“

„Das Beste ist immer die Wahrheit, sagte Hella ernst. „Erfahren mußt du es ja doch, und vielleicht ist es nur umso besser, je früher er von dem Schicksal seiner Tochter Kenntnis erhält. Du hast heute Hugo Maier gesehen. Es ist kaum anzunehmen, daß er lange an der Stelle bleiben wird, wo er gewesen ist, zumal wenn er das Licht vielleicht zu scheuen hat. Du hast selbst das Gefühl, daß er mit dem Ereignis im Jägerhaus im Zusammenhang steht. Onkel Feliz aber hat ihn genau gekannt; er stand in Verbindung mit ihm zu einer Zeit, wo Maier für die ganze übrige Welt verschollen war. Er weiß sicher so manches von seinem damaligen Tun und Treiben. Hedwigs Unglück und der fälsche Verdacht, welcher auf ihr ruht, werden ihn natürlich auf das äußerste empören. Und wer kann sagen, ob er nicht etwas von der Absicht dieser bösen Gesellen ahnt und uns allen einen Weg zeigen kann, auf dem wir diesem Rätsel näherkommen können?“

„Ja, du hast recht“, sagte Frau Mirbach entschlossen. „Wahrheit ist das Beste. Aber da bitte ich dich jetzt auch: Bleibe morgen bei mir bis Feliz kommt. Ich bin zu sehr mitgenommen von allem, was heute auf mich einstürzte, und habe nicht die nötige Klarheit. Du aber hast vielleicht einen mehr sicheren Ueberblick über alles, was geschehen ist. Und deshalb glaube ich, es wäre besser, mein Mann würde aus seinem Munde und über alles das aufklärt, was Rolf be-

gebrüchlicher Weise behandelt worden wären. Zeuge General von Epp machte die Feststellung, er habe seinerzeit die Studentenschaft nicht eingeladen, um sie zur Parteinahme für Herrn von Maier zu gewinnen, er habe nur die Absicht gehabt, beruhigend auf die Gemüter einzuwirken. Hierauf folgte die Vernehmung des Generalleutnants Karl von Hildebrand. Der Zeuge betonte, daß General von Ludendorff an das Wort Maier fest geglaubt habe. Bei der nun folgenden Vernehmung des Oberstleutnants von Berchem kommt es wieder zu

heftigen Zusammenstößen.

Einer der Verteidiger erhebt Einspruch gegen die Vernehmung dieses Zeugen, worauf der Zeuge in großer Erregung antwortet, daß es die Geschäfte der Angeklagten besorgen hieße, wenn er nicht verurteilt werden sollte. Oberstleutnant von Berchem nimmt dann den Leutnant Braun gegen die Vorwürfe, die von den Angeklagten und der Verteidigung gegen diesen Zeugen erhoben worden sind, in Schutz. Daß er Ludendorff einen Ehrenvorwurf vorgeworfen habe, bestreitet der Zeuge. „Die Reichswehr“, so schließt er, „hat es endlich satt, sich von der Bevölkerung beschuldigen und beschimpfen zu lassen für das, was sie als ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit erkannt hat.“ Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 11. März 1924.

□ Ermäßigung der Gebühren für in Deutschland studierende Ausländer. Dem Vernehmen nach besteht begründete Aussicht, daß die bisher erhobenen, zum Teil sehr hohen Ausländergebühren für die an deutschen Hochschulen studierenden Ausländer für das kommende Sommersemester erheblich herabgesetzt werden. Voraussichtlich wird der Ausländerzuschlag allgemein auf 30 Goldmark ermäßigt werden.

□ Der Postüberweisungsverkehr mit Danzig wird vom 10. März an in beiden Richtungen wieder aufgenommen werden. Demgemäß können Postcheckkonten Beträge von ihrem Postcheckkonto in Deutschland auf ein Postcheckkonto beim Postcheckamt in Danzig und umgekehrt Postcheckkonten beim Postcheckamt in Danzig Beträge auf Postcheckkonten in Deutschland überweisen.

—* Einkommensteuer-Vorauszahlungen. Jeder der zu monatlichen Einkommensteuer-Vorauszahlungen verpflichtet ist, muß zum gleichen Termin eine Voranmeldung der Stadthauptkasse, Amtskasse oder Gemeindekasse einreichen. Formulare hierfür sind bei diesen Stellen zu haben. Sind mehrere Firmeninhaber vorhanden, so muß die Firma für jeden Inhaber die Steuer abführen und für jeden Inhaber eine Voranmeldung abgeben. Wie uns mitgeteilt ist, sind in vielen Fällen Voranmeldungen nicht abgegeben. Die Voranmeldungen gelten als Steuererklärung. Die Nichtabgabe oder verspätete Abgabe zieht also einen Zuschlag bis zu 10 Proz. zur bezahlten Steuer nach sich. Auch kann der Abgabepflichtige durch Ordnungsstrafen zur Abgabe angehalten werden. Dieses scheint nicht genügend bekannt zu sein. Wir können unseren Lesern zur Vermeidung von empfindlichen geldlichen Nachteilen nur dringend empfehlen, die für Januar noch nicht eingereichten Voranmeldungen sofort nachträglich einzureichen und bei der bis zum 17. 3. 24. zu leistenden Vorauszahlung aus Februar die Voranmeldungen nicht zu vergessen. Das Finanzamt will von Zuschlägen und Strafen für Januar Abstand nehmen, wenn die Voranmeldungen bis spätestens 17. 3. 24. nachträglich eingereicht werden. Auch wenn für einen Monat wegen geringer Einnahmen eine Einkommensteuer-Vorauszahlung nicht zu leisten ist, empfiehlt sich trotzdem zur Vermeidung von Weiterungen die Abgabe von Voranmeldungen.

—* Vom 9. März ab treten im Eisenbahnverkehr folgende Änderungen in Kraft: Personenzug 1070 verkehrt Sonntags wie bisher, an Werktagen erhält er folgenden Plan: Barmen-N. ab 4,38, in Rade an 6,06 und weiter ab 6,07 nach Halver. Der Zug Barmen-N. ab 5,45 vorm., Rade an 7,16 fällt an Sonntagen aus, dafür fährt ab Barmen-N. 7,00, Rade an 8,16, durch nach Brügge, 9,29 in Brügge eintreffend. Der Zug Rittershausen ab 5,20, Rade an 7,12 fährt jetzt täglich nach folgendem Plan, wie er bereits für Sonntags vorgesehen war: Rittershausen ab 6,06, Rade an 7,30.

obachtet hat und von dem er und Dr. Richter glauben, daß es zur Entlastung Hedwigs beitragen kann. Dabei weist du morgen nicht so nötig sein, denn bevor die Leichenfeier nicht vorbei ist, könnt ihr ohnehin keine Anordnungen wegen des Begräbnisses des Vaters treffen.“

„Wenn du wünschst, Tante, bleibe ich gern“, antwortete Hella zustimmend.

Noch lange plauderten die beiden Frauen an diesem Abend von ihren Hoffnungen und Befürchtungen, bis die späte Nacht herankam und die Müdigkeit ihr Recht verlangte. Aber Hella konnte lange nicht einschlafen, immer beschäftigte sie der Gedanke an ihre Mutter, deren Bild, so lange verblaßt, seit heute sich ihr immer wieder entgegendrängte. Sie grübelte und grübelte, aber sie konnte keine Brücke finden, die sie hinüberleitete von der Vergangenheit in die Gegenwart.

9. Kapitel.

Feliz Mirbachs Heimkunft.

Durch das Tor der großen Strafanstalt in Stein schritt am Morgen des nächsten Tages ein hochgewachsener, sehr magerer Mann in einem eleganten Zivilanzug. Er trug ein kleines Kofferchen von tadellos er Naschen in der Rechten. Die Linke hielt ein feines Spazierstöckchen. Als das Anstaltstor sich hinter dem Manne schloß, blieb er eine Minute lang tief aufatmend stehen und ließ den Blick seiner tiefstehenden dunklen Augen mit einem befreiten Aufstrahlen über die Umgebung schweifen. Dann wandte er sich rasch ab, und eine Stunde später schon trug ihn der Eisenbahnzug gegen Wien.

Es war fast Mittag, als er da ankam. Die Fahrt schien ihn ungemein ermüdet zu haben. Sein regelmäßiges, sehr geschnittenes Gesicht war sehr bleich, wie dies bei Menschen der Fall ist, welche lange Zeit in dumpfer Stubenluft lebten mußten; im Blick seiner Augen lag etwas Unstetes und Schüchternes; die Haltung war stark nach vornüber gebeugt, der Gang schleppend. Der Mann wartete am Bahnsteig, bis sich der Menschenstrom ein wenig verlaufen hatte. Dann end- lich schritt er — immer noch wie zögernd — dem Ausgang zu und trat schließlich auf die vom grellen Sonnenschein überflutete Straße.

(Fortsetzung folgt.)

„Tote, die leben“

Roman von A. Gottner-Greife.

Nachdruck verboten.

Die alte Frau besorgte in einem der noch offenen Laden etwas kalten Aufschnitt und machte sich mit Hella auf den Heimweg.

Es war schon ganz finster geworden, als sie vor ihrem Hause anlangten. Als Frau Mirbach das Gittertor aufschloß, wurde in der Wohnung des Nebenhauses ein Fenster geöffnet und man rief sie beim Namen. Agnes Mirbach meldete sich.

„Es ist ein Telegramm gekommen in Ihrer Abwesenheit“, rief die Frau des Rentmeisters herab. „Ich habe es für Sie übernommen. Warten Sie ein wenig. Mein Mädchen soll es Ihnen hinabbringen.“

Frau Agnes saßte nach den Stäben des Gitters, als wollte sie sich davon festhalten.

„Ein Telegramm? Was kann das bedeuten? Ich habe niemanden, der mir telegraphieren könnte. Sollte es vielleicht Hedwig betreffen? Es ist ihr gewiß ein Unglück widerfahren.“

Das Dienstmädchen hatte die Depesche in Frau Mirbachs zitternde Hand gelegt. Hella saßte sie stützend unterm Arm und sagte beruhigend:

„Erschrick doch nicht so, Tante! Es braucht ja doch nicht jede Drahtnachricht ein Unglück anzukündigen. Warte doch, bis du sie gelesen hast. Hedwig ist schließlich etwas geschäftig; wenn Dr. Richter oder Rolf selber gekommen. Beruhige dich und laß uns rasch hinaufgehen. Schnelle Gewißheit ist das Beste.“

Frau Mirbach ermannte sich.

„Ich bin eben heute schon zu nervös“, meinte sie, der Aufregung ihrer Nichte Folge leistend; „der Tag hat mir zu viel an Aufregungen gebracht, und ich sehe schon überall Gespenster.“

In der Wohnung angekommen, entzündete Hella rasch eine Gaslampe, während Frau Agnes auf einen Sessel sank und mit unsicherer Hand den Umschlag auftrug.

Als sie die wenigen Worte gelesen, brach sie in Tränen aus.

„Ich bitte dich, was ist geschehen?“ fragte das junge Mäd-

Die Frau unserer Zeit.

Vierzehn Wege zum Glück.

Können Frauen heute noch glücklich werden, so recht aus ihrem Herzen heraus glücklich und ihres Lebens froh? Die neue Zeit hat gerade in das Dasein der Frau hart und unbarmherzig hineingegriffen und es vollkommen umgestaltet. Alles, was ihr früher einmal still innerliches Behagen und äußeren Glanz verlieh, ist daraus verschwunden. Der Wirtschaftsbetrieb, die Gesellschaft, das Verhältnis zu Mann und Kind: alles, alles hat sich vollkommen verändert, wie findet sich die Frau innerlich damit ab?

Der Studentat Dr. Hans Buchmann hat soeben eine Broschüre erscheinen lassen, die auf diese Frage Antwort gibt. Sie nennt sich: „Vierzehn Wege zum Glück“ und bringt allerhand Briefe und Tagebuchblätter von Frauen unserer Tage. Frauen der Noizeit sprechen darin von dem, was ihre Seele bewegt an Erkenntnis, Hoffnungen und Wünschen. Als erste kommen zwei Frauen entgegengefügter Schichten zu Wort. Die eine, eine Frau des Reich-tums, der Mann wohl ein moderner Vielverdiener. Man führt zu allen möglichen Vergnügungen, zum Spielklub, zum Wintersport. Das Herz der Frau bleibt leer dabei. Sie sehnt sich nach Ruhe, nach etwas, das dem Dasein Inhalt gibt. Der Herausgeber will darin ein gutes Zeichen sehen — einen Schrei nach Verinnerlichung. Ob er wirklich gerade in diesen Kreisen geschieht? Wer ernsthaft aus der Welt des Scheins heraus will, hat das am Ende nicht allzu schwer.

Auch die Arbeiterin ist durchaus moderne Er-folung. Der Mann arbeitet, sie arbeitet. Das Herz und die Seele bleiben leer dabei. „Ich möchte lieber den Haus-halt versorgen“, heißt es. — „Es muß doch auch so noch möglich sein, glücklich zu leben!“ Man hat das Gefühl, daß in dieser Stimme wirklich etwas Typisches erklingt. Die eigentliche tiefinnerste Sehnsucht der Frau bleibt ja immer der Frieden des Hauses, das stille Walten im Familienkreis.

Das kommt zum Ausdruck in den Briefen, die, offen Aben der Zeit zum Trost, die Mutterchaft in warmen Tönen preisen. Das Kind „fällt wie ein Sonnenstrahl in die Schatten“, heißt es da — „wie wären meine Tage ohne mein Kind so leer“. Eine andere träumt im Tagebuch von den Zeiten, da das Kind erst da sein wird, eine dritte schilt ihrer Schwester einen wahren Jubelbrief über das Kind-chen, das sie erwartet. Es sind keine reichen Frauen, die hier sprechen, die Not des Lebens sitzt ihnen hart auf den Fersen, aber das Kind hat ihnen den Weg zum Glück erschlossen. Sehr eng und arm ist das Leben vieler Frauen geworden. Im schlichten Rahmen spielt sich ihr Dasein ab. Buchmann spricht von dem „Gemüt“, das über das Grau des Alltags einen goldigen Schimmer legt. Eine ruhende Stimme wird dazu laut: eine junge Frau erzählt, wie ihr gerade im engen Haushalt jeder Gegenstand doppelt lieb wird, mit welcher Innigkeit sie alles betrachtet: „Das ist mein.“

Den Frauen, die aufzumerken verstehen auf die Lehren der Zeit, haben noch allerhand Wege zum Glück zu finden vermocht. Da melden einige, wieviel mehr ihnen die heute so vereinfachte Gesellschaft zu geben vermag, wieviel mehr Wahrhaftigkeit hineingekommen ist. Aus dem „großen Kreis“, der einen früher oberflächlich umschwirte, hat sich der kleinere der wirklichen Freunde herausgeschält, die sich etwas bedeuten und zu sagen haben.

Ein sehr schönes Kapitel, erzählt von den Frauen, die trotz alles Elends und gerade durch das Elend zu Gott zurückgeführt wurden, die „wieder beten“ lernten. „Ich weiß keine schöneren Minuten am Tage, als diejenigen, in

denen ich mit dem Kinde bete“, schreibt eine Mutter. — „Ist das nicht ein großes unaussprechliches Mutterglück? Und sollte es wirklich Frauen geben, die dieses Glück mit Füßen treten, die ihren Kindern den Gott raubten, weil sie irgendwo eine magere materialistische Erkenntnis auf-gespürt haben und nun meinen, sie müßten ihr Glück diesem Moloeh aufopfern.“ — „An der Kinderseele rauft sich der Glaube vieler Mütter im neuen Deutschland“, fügt Buch-mann hinzu: „Die stammelnden Laute lassen manche längst verlorene Seele wieder erklingen. Ein Gott steht wieder auf. Er gibt wieder Lebensinhalt.“

Aus ihrem scheinbar so hilflos gewordenen Dasein weiß die Frau noch immer einen Funken Licht herauszu-holen. Balkon, Laube und Garten geben allerhand köst-liche Freuden. Stube und Küche, die eng gewordene Woh-nung, wandelt die Frau mit leisen Händen in ein gemüt-liches Nest für Mann und Kind um; sie hat an ihrem Werk eine größere Freude, als an der geräumigen, elegant ein-gerichteten Wohnung von früher. Auch der Beruf hat der Frau eine neue Welt erschlossen. Er soll nicht mehr bloß Notbehelf, er soll Lebensinhalt sein und werden, so steht sie ihm naturgemäß mit ganz anderen Augen gegenüber als ehedem.

Ein ganz besonderes Kapitel umfaßt das Verhältnis des Mannes zur Frau in der Ehe. „Dienen und Entfagen“ steht darüber als Leitmotiv, das betont eine ganze Reihe von Frauenbriefen. Der Kampf ums Brot spannt den Mann heute sehr scharf an. Er läßt ihm beinahe Tag und Nacht nicht Ruhe. Für all die kleinen Aufmerksamkeiten, die die Frau von ihm gewohnt war, hat er keinen Sinn mehr, dafür fordert er selbst — wenn auch unbewußt — ein doppelt starkes Aufpassen und Umsorgen von ihr, und sie — anstatt darunter zu leiden, fühlt neue Kräfte in sich erwachen, fühlt sich stark werden und reifer für ein neues ungetrübtes Glück.

Die Frauenseele unserer Zeit steht in einem Werden — Wechselprozeß, muß sich umstellen und häuten und neue Wege suchen. Daß sie es vermag, ist vielleicht das Beste an ihr, denn schließlich sind es doch die Frauen, die beim ethischen Aufbau des neuen Deutschland den Grundstein liefern müssen. D. G.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Klantes Verurteilung verworfen. Der bekannte Begründer des Betteljägerschwinds Max Klante, der die über ihn ver-hängte Gefängnisstrafe in Zettel verbißt, wurde dieser Tage aus der Strafkammer nach Berlin gebracht, um der zweiten Straf-kammer des Landgerichts 3 vorgeführt zu werden. Er hatte, nachdem er im Januar 1923 nach Beendigung seines Straf-prozesses aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, ein neues Bettelunternehmen gegründet, das dem Staatsanwalt wie-der Anlaß zum Einschreiten gab. Das Schöffengericht Char-lottenburg hatte ihn wegen Vergehens gegen das Bett- und Lotteriegesez zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte er Verurteilung eingelegt. Die Strafkammer kam jedoch zu einer Verwerfung der Verurteilung.

Börse und Handel.

Geschäftslage an der Börse.

Umsätze fanden fast gar nicht statt, und die wenigen genann-ten Kurse bewegten sich ungefähr auf gestrigem Schlussstande. Im Devisenverkehr war das bemerkenswerteste Ereignis der er-neut sich fortsetzende Frankenskurz. Von London lagen Meldungen über die Devisen Paris bis 117 und für Belgien bis

133 vor. Hier war der Bedarf wie gewöhnlich am Wochenschluss etwas geringer. Die Zuteilungen blieben aber unverändert, und ebenso ergaben sich für die Notierungen nur geringe Ab-weichungen gegen gestern.

Am 8. März. Was kosten fremde Werte? Ohne Gewähr

Börsenplätze	8. 3.		7. 3.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1566 100	1573 900	1566 100	1573 900
Dänemark 1 Kr.	669 300	662 700	668 300	666 700
Schweden 1 Kr.	1097 200	1102 800	1097 200	1102 800
Norwegen 1 Kr.	568 600	571 400	569 600	572 400
Finnland 1 Mark	105 700	106 300	105 700	106 300
Amerika 1 Doll.	4190000	4210000	4190000	4210000
England 1 Pf.	18005 000	18 095 000	18 055 000	18 145 000
Schweiz 1 Fr.	724 200	727 800	726 200	729 800
Frankreich 1 Fr.	155 600	156 400	155 600	156 400
Belgien 1 Fr.	136 600	137 300	143 600	144 400
Italien 1 Lira	179 600	180 400	180 500	181 500
Österreich 1 Kr.	122 100	122 900	122 100	122 900
Ungarn 1000 Kr.	68 800	64 200	64 800	65 200
	61 800	62 200	59 800	60 200

Amstische Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	8. 3.	7. 3.	8. 3.	7. 3.
Weiz., märk.	160-165	160-165	Weizfl. f. Brk.	9,5-9,75
pommerscher	—	—	Hogfl. f. Brk.	7,2
Hogg., märk.	128-136	128 136	Raps	295
pommerscher	—	—	Leinsaat	410-415
westpreuß.	—	—	Bittor-Erbf.	27-28
Frugersche	170-182	170-182	fl. Speiseerbf.	17-18
Frugersche	150-155	150-155	Futtererbf.	11-12
Hafer, märk.	112-120	112-120	Belusfchen	12-12,5
pommerscher	111-120	111-120	Aderbohnen	13-15
westpreuß.	—	—	Widen	14-15,5
Weizenmehl	—	—	Rupin., blaue	13-14,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Rupin., gelbe	16-16,5
Min. br. inf.	—	—	Serabell	14-15
Sack (feinst.)	—	—	Rapskuchen	11
Mrk. u. Not.	24,5-27	24,5-27	Leintuchen	22-23
Roggenmehl	—	—	Trockenschyl.	8,3-8,4
p. 100 Kil. fr.	—	—	bw. Buchsch.	16-22
Brk. brutto	—	—	Torfm. 30/70	8,0-8,3
inf. Sack	20,5-23	20,5-23	Kartoffelf.	17,6

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 8. März. Auf-trieb: Rinder 2174, darunter 663 Bullen, 590 Ochsen, 921 Kühe und Färsen, Kälber 1720, Schafe 3325, Schweine 6602, Ziegen 12, Schweine aus dem Ausland 796. Preise: Ochsen 42-44, Bullen 36-38, Färsen und Kühe 35-40, Kälber 75-80, Stallmaische 49-55, Schweine 68-70, Ziegen 60-65, Ziegen ruhig, bei Schweinen glatt.

* Aufhebung der Kreditperre gegen Banken. Mit Rücksicht auf einen Beschluß des Zentralverbandes und der Berliner Stempelvereinigung hat das Reichsbankdirektorium beschlossen, die zurzeit noch laufenden, gegen eine Reihe von Banken und Bankfirmen verhängten Maßnahmen vorläufig aufzuheben. Bei etwa neu zur Kenntnis gelangenden Zusammenhängen wird aber mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden.

Schriftleitung: Wth. Bell Halver.

Danksagung.

Für die uns beim Heimgehe un-seres lieben Entschlafenen bewiesene Teilnahme sprechen wir allen, besonders auch dem Kiersper Landwehrverein, auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus.

Geschwister Kipper.

Varmert bei Ronsahl, 9. März 1924.

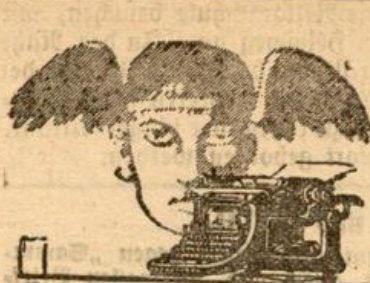
Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unseres lieben Verstorbenen, insbesondere auch für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Meyer zu Theenhausen am Orabe, sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinter-blichenen

Frau Gustav Alte.

Kierspe, 10. März 1924.



CONTINENTAL
Die bevorzugte Schreibmaschine
Fabrikat der WANDERER-WERKE AG. Schönbuch & Co. Stuttgart

Sofort lieferbar.
Hermann Köster, Halver
Fernruf 120.

Aug. Bollmerhaus Kierspe-Bahnhof

Manufaktur-, Konfektions- und Aussteuer-Geschäft.

Spezialität: Betten.

Glas-, Porzellan- und Steingut. | Aluminium-, Emaille-, Haus- und Küchengeräte.
Geschenk-Artikel. | Lebensmittel und Kolonialwaren

in nur Ia. Qualitäten

— zu außergewöhnlich billigen Preisen. —

Jede Dame liebt Stechenpferd-Feife

die beste Liniemilchseife von Bergmann & Co., Radobenz.
Zu haben bei:

Drog. C. Menke, Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., Halver.

Geschenkartikel für die Konfirmationszeit! Gesangbücher

vom einfachsten bis feinsten
Lebendeinband mit edlem
Goldschnitt.

Bibeln .. Geschenk-
bücher .. Gerahmte
Bilder usw.

Wth. Bell jr., Halver i. W.

Großer Versicherungs-Konzern

(Feuer und alle anderen Branchen)
sucht Vertreter und Vermittler an
allen Plätzen.
Angebote unter 10872 befördert weiter die Ann.-
Exp. G. Geertens, Hagen i. W.

Neue Lohn- und Gehaltsbücher

mit Spalten für den gesetzlich vorgeschriebenen

Steuerabzug

sind vorrätig bei

Wth. Bell jr., Halver.

Junge Mädchen

für dauernde, lohnende
Beschäftigung stellt noch
ein
Weiß. Porzellanfabrik,
G. m. b. H.,
Carthausen.

Elektrotechnische Fabrik sucht zu Ostern einen aufgeweckten Lehrling

für das Büro.
Schriftliche Bewer-
bungen unter Nr. 600
a. d. Geschäftsstelle dieser
Zeitung in Halver.

Amt Kierspe.

Wahlen zur Landwirtschaftskammer.

Die Wählerliste für die am 30. d. Mts. stattfindenden Wahlen zur Landwirtschaftskammer liegt vom 11. bis 18. März zur Einsicht der Wahlberechtigten auf Zimmer 4 des Amts-hauses offen.

Einsprüche sind wäh-rend der Auslegungsfrist bei dem Gemeindevor-stande anzubringen.

Kierspe, d. 8.3. 1924.
Der Amtmann.

Gewerbliche Mittelstandsvereinigung für das Amt Halver.

Mittwoch, den 12. März,
abends 8 Uhr,

Versammlung

bei Fassbender.

T. D.: Gemeinde-Amts-vertreter wählen.

Der Vorstand.

Landwirtschaftlicher Berein, Halver.

Versammlung

am Mittwoch, den
12. d. Mts., nachm.
4 1/2 Uhr, im Gasthaus
zur Post.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den Gemeinderatswahlen.
2. Krankenlisten - Angelegenheiten.
3. Verschiedenes

Der Vorstand.

Samenpflanzen

4 j. v. pro 1000 Stk
Mk 5,50, 3 j. v. pro
1000 Stk. Mk. 4,—,
erstklass. versch. Pflanzen
gibt ab Forst- und Gärtnerei
W. Berner, Rothhausen
(nahe Bahnhof). Telefon
720, Amt Gummerbach.

Deffentl. Versammlung!

Am Sonntag, den 16. März 1924 nachm.
4 Uhr findet im Hotel Plate, Kierspe eine

Versammlung

statt, wozu sämtliche

Wahlberechtigte der Gemeinde Kierspe
eingeladen werden, die sich für Aufstellung einer
gemeinsamen bürgerlichen Liste
zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen
interessieren.

Die Handwerker- und Gewerbetreibende-
Bereinigung Kierspe.